

dem französischen Kapital eine Herabsetzung der Verzinsung auf 2 Prozent jährlich zugebilligt, während es ein Tilgungsrate überhaupt nicht vorsieht. Dieses Abkommen ist von der Haltung des amerikanischen Kapitals abhängig. Es soll nur dem französischen Kapital ermöglichen, einen Druck auf Amerika ausüben zu können. Das englische Kapital glaubt, auf diese Weise 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen zu haben. Es hat Frankreich als Vermittler für die Herabsetzung seiner eigenen Zahlungen an Amerika gewonnen und kann andererseits von Frankreich für sein Entgegenkommen Kompensationen in den übrigen schwebenden Fragen erzielen. Die Rechnung hat es aber ohne das amerikanische Kapital gemacht, das garnicht daran denkt, irgendein Entgegenkommen zu zeigen. Die sogenannte Belastung durch die Kriegsverpflichtung ist ungeheuer groß. Außerdem würde Amerika durch einen Schuldennachlaß nur die Konkurrenzfähigkeit der europäischen und insbesondere der sehr gefährlichen französischen Industrie stärken.

Gerade dem französischen Kapital gegenüber glaubt es energisch vorzugehen zu müssen, weil es durch seine enorme Rüstung eine dauernde Gefährdung seiner europäischen Interessen darstellt. Seit der Washingtoner Konferenz, auf der Frankreich die Abrüstung der Unterseeboote verweigerte und seit dem selbstherrlichen Auftreten durch die Ruhrbesetzung hat es das amerikanische Kapital für notwendig, die imperialistische Politik Frankreichs zu kontrollieren. Schließlich wurde die Lage der französischen Wirtschaft nicht als so außerordentlich schlecht angesehen, daß sich ein besonderes Entgegenkommen notwendig mache. Auch in England hat unter Führung von Lord Breadbury ein heftiger Kampf gegen die Abmachungen zwischen Churchill und Caillaux eingesetzt, der äußerst verständlich ist. Die Steuerlast in England auf Grund der Anleihen an die Alliierten, die ca. 2 Milliarden Pfund betragen, beträgt 2 Schilling pro Kopf. Dazu kommen noch die jährlichen Aufwendungen für die Zahlung an Amerika in Höhe von 6 Pence pro Kopf der Bevölkerung. Dafür soll man nach einem Moratorium bis 1930, während dessen 1/2 Pence pro Kopf von Frankreich gezahlt wird, 2 Pence erhalten. Der Erfolg dieser für das französische Kapital äußerst günstigen Abmachung ist die Weigerung der englischen Hochfinanz, Frankreich irgendwelche Anleihen zu gewähren. Caillaux fährt jetzt nach Amerika und will dort mit der amerikanischen Regierung ein Uebereinkommen treffen. Die Situation ist für ihn auch dort nicht völlig ungünstig, da Morgan zur Herabgabe einer Anleihe bereit ist und die Verwirklichung nur an dem Veto der amerikanischen Regierung gescheitert ist, welche noch gewisse politische Zusicherungen herauslösen will, durch die die imperialistische Politik Amerikas gesichert werden soll.

Gleichzeitig mit dieser Regelung seiner Schulden hat das französische Kapital auch zu den weiteren internationalen Fragen Stellung nehmen müssen. Der sogenannte Sicherheitspakt ist wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Juristenkonferenz in London ist beendet. Es wird gemeldet, daß eine Einigkeit zwischen England und Frankreich und Belgien erzielt sei. Diese bezieht sich aber nur auf Entwurfsentwürfe. Gerade in den wichtigsten Punkten gehen die Ansichten völlig durcheinander. Das deutsche Kapital, das sich nach Osten und besonders gegen Polen freie Hand schaffen will, möchte auf jeden Fall die Haltung der Alliierten festlegen und das französische Kapital an einer effektiven Hilfeleistung hindern. Die Frage des Durchmarsches durch die entmilitarisierte Rheinzone soll nicht dem französischen Kapital allein überlassen werden, ebenso wie die Vornahme von Sanktionen. Die Entscheidung darüber soll allein der Völkerbund haben. England unterstützt diese Verlangen, gab aber positiv zu verstehen, daß es sich die Entscheidung darüber, ob es gegen einen französischen Uebergriff militärische Gegenmaßregeln er-

greifen würde, vorbehalten müsse. Eine rein papierne Bindung Frankreichs dürfte für das deutsche Kapital wenig Zweck haben, da es entschlossen ist, gegen Polen seine Grenzen zu erweitern.

Die Ueberraschung dieser Konferenz war das Verlangen des italienischen Kapitals, sich an dem Pakt zu beteiligen. Es hat den Anschein, als ob die Grundlage für diesen Vorstoß die jetzt neu ins Rollen gebrachte Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ist. Das italienische Kapital hat noch immer nicht die Einverleibung großer Teile dieses Staates aufgegeben. Es hat an und für sich kein großes Interesse an der Erhaltung der Selbständigkeit dieses Staates, aber ebenso ein großes Interesse, daß es nicht in vollem Umfang an Deutschland fällt. Das französische Kapital dagegen will jeden Machtzuwachs Deutschlands verhindern und ist für ein Anschlußverbot.

Der gleichzeitig tagende Völkerbundsrat in Genf hat unter anderen Aufgaben auch die österreichische Frage zu behandeln. Deshalb hat es die österreichische Sozialdemokratie für nötig befunden, ihren Anschlußwillen sehr kräftig zu bekunden, während das österreichische Kapital aus wohl begrifflichen Gründen sich nicht sehr anschlussfreudig gebärdet und sich sogar für lebensfähig bei genügender Unterstützung hält. Durch diese Kundgebungen hat sich ein Mißtrauen gegen das „friedliche“ Deutschland herausgebildet, das auf dem Weltfriedens-Kongreß zu dem Zwischenfall Herriot-Loebc führte. Wie wichtig diese bürgerliche Friedensbewegung fundiert ist und wie wenig sie sich gegenüber dem Nationalismus widerstandsfähig beweist, zeigt die Behandlung dieser wirklich harmlosen Anschlußbewegung. Die Folge der Liebe Deutschlands zu den österreichischen Stammesbrüdern wird wohl eine mehr oder weniger offizielle Verpflichtung zu einem Anschlußverbot sein.

Das deutsche Garantieangebot hat geradezu eine Epidemie hervorgerufen. Jeder europäische Staat will und muß jetzt seinen Sicherheitspakt haben. Die kleine Entente hat sich wieder geeinigt und will ebenfalls der Welt ihre Friedensliebe verkünden. Die Randstaaten wollen sich auch ihr Gebiet gegenseitig garantieren. Der Sieger im Balkankrieg, Griechenland, sieht auch die Notwendigkeit eines Balkanpaktvorschlages ein. Diese chronische Friedensliebe bedeutet nur die Bestätigung der Tatsache, daß das Kapital sich dauernd im latenten Kriegszustand befindet und trotz der Erfahrungen mit papierenen Verträgen sich dieser leicht verbrennbaren Masse aus Verzweiflung anvertrauen will. Trotzdem wird kräftig weiter gerüstet und die Verschärfung der Wirtschaftskrise verschärft auch die Notwendigkeit zu Auseinandersetzungen.

Außer der Regelung der österreichischen Frage, die besonders die Aufhebung der Finanzkontrolle betrifft, hat der Völkerbundsrat als Schiedsinstanz auf Grund des Lausanner Vertrages die Frage der Angliederung des Mossulgebietes an den Irak — englisches Mandatsgebiet — oder an die Türkei zu beschließen. Das Mossulgebiet hatte sich das englische Kapital so hinter dem „erobert“. Seine Bedeutung liegt in den sehr erheblichen Petroleumquellen, die für beide Teile von wesentlichem Wert sind. Ueber dieses Thema wird natürlich geschwiegen. Man kämpft nur mit puristischen ethologischen, geographischen Mitteln wegen des Mossul nicht existieren und wie die „schönen“ Christen im Norden. Sogar der Schutz der assyrischen Christen im Norden. Das Redewort zwischen den Vertretern der beiden Mächte macht sich außerordentlich schön. Die Entscheidung ist natürlich schon längst gefallen, man sucht nur nach der Form. Es wird sich in der Form eines Kulturhandels zwischen den Großmächten erledigen, die sich für ihre Zustimmung von England bezahlen lassen wer-

den. Das Recht wird sicher auf der Seite des Stärkeren sein.

Die internationalen Tagungen und der Heißhunger nach ihnen ist das beste Zeichen dafür, daß das Barometer dauernd auf Trübe zeigt. Jedes nationale Kapital hofft seine verzweifelte Situation durch eine Erpressung von einem anderen zu verbessern, bis die nationale Ehre eine kriegerische Auseinandersetzung verlangt. Die augenblickliche Situation ist außerordentlich vulkanisch. Das Proletariat muß auf der Hut sein.

Politische Rundschau

Das Bekanntnis von Marsailles

Der Kapitalismus und der Frieden.
Aus den Beschlüssen der 2. Internationale auf ihrem Kongreß in Marseille, die ihr politisches „Friedensprogramm“ zum Ausdruck bringen, ist hervorzuheben, wie die Sozialdemokratie durch die Festlegung der kapitalistischen Tatsachen, ihre Mitglieder und Anhänger mit Illusionen verdammt.

Der „Vorwärts“ vom 3. September bringt das „Friedensprogramm“ zum Ausdruck, woraus wir folgendes den Arbeitern nicht vorzuenthalten können:
1. Der Kapitalismus und der Krieg.
„Der Kongreß der 2. Internationale hat entschieden, daß das kapitalistische Konkurrenzsystem die herrschenden Klassen aller Staaten zum Kampf um die Rohstoffquellen und die Absatzmärkte auf den Weltmarkt, um die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, und die Akkumulation des Kapitals zu beschleunigen.“

Dieses System ist so stets eine wesentliche Ursache der Kriegsgefahr.
Gestützt auf ein energieloses, partikularistisches Konkurrenzsystem, bald auf schrankenlose Konkurrenz, die bis zum Dumping geht, treibt es die Welt einer wahren Balkanisierung zu, deren sichtbare Zeichen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Geldwirren, ökonomische und finanzielle Krisen sind. Produktion, Austausch und Verkehr bleiben der gefährlichen Anarchie der Konkurrenz ausgeliefert und es ist vor allem das Proletariat, das unter den schlimmsten Stößen dieses Systems zu leiden hat.

Der Sozialismus allein kann diesem Zustand ein Ende machen!

Er wird die Verteilung der Rohstoffe regeln, wird die Klassenkämpfe aufheben, indem er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, er wird die Produktion auf der Grundlage des Bedarfs statt zum Zweck des Profits organisieren, er wird in seinem Bereich der Wirtschaft die Gemeinschaftsorganisation an Stelle des unorganisierten egoistischen Kampfes setzen, in dem der Stärkere den Schwächeren vernichtet.

Statt die Gegensätze der Völker zu verschärfen, wird er die Harmonie der gemeinsamen Interessen verwirklichen. Deshalb ist der Sozialismus die große (soziale u. Red.) Macht, die der Welt endlich den Frieden geben wird, und der politische Sieg der Arbeiterklassen in allen, oder wenigstens in den wichtigsten Ländern ist die beste Bürgschaft für einen dauernden Frieden.“

Diese These folgt sich in der logischen Konsequenz des internationalen Klassenkampfes. Die Feststellung, der Kommunismus allein kann diesem Zustande ein Ende machen, bedeutet, alle pazifistischen Harmonieudeln zu verwerfen und gegen den Kapitalismus und seine Reaktion den rücksichtslosen Klassenkrieg zu eröffnen. Aber — alle diese Konsequenzen und logischen Denker auf dem Marsaller Kongreß leiden an chronischer Geistesverwässerung, die sich durch die immer wiederkehrende Inkonsistenz und Gedankenschwäche bemerkbar macht.

So haben ihre halblauen Leiber und Gehirne auch ganz genau auf den Lorbeeren als parlamentarische Vertreter der bestehenden Gesellschaftsordnung aus. Sie fürchten den Schritt der Massen zum Kommunismus — denn er geht rücksichtslos über alle Inkonsistenzen hinweg, muß sich dieser gefährlichen Fessel mit Gewalt entledigen. Sie predigen nicht den Klassenkampf, den sie theoretisch in „lichten Augenblicken“ beweisen, sondern, sie predigen dem Kapitalismus den Pazifismus, eine seinem System widersprechende Gerechtigkeit. Oben stellen sie die unauflösbare naturnotwendige Verbindung von Kapitalismus und Sozialismus zum Krieg fest, unten führen sie das Proletariat in folgende Illusionen:

„Die Arbeiter fordern deshalb einen umfassenden und wahrhaft demokratischen Völkerbund.“ Sie fordern, daß die Anwendung des Artikels 19 des Paktes, der die Re-

vision der Verträge vorsieht, genau präzisiert und wirksam gestaltet wird.

Sie fordern, daß neben dem internationalen Arbeitsamt die bestehenden wirtschaftlichen Organe des Völkerbundes in einen wirklichen internationalen Wirtschaftsrat umgewandelt werden, an dem die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen beteiligt sind. Dieser hätte die internationalen Probleme der Produktion und des Verbrauches zu prüfen, die Verhältnisse zu überwachen, den internationalen Verkehr und die Transportmöglichkeiten zu erleichtern, eine gerechte Verteilung der Rohstoffe für alle Nationen zu sichern, das Hochschutzzollsystem und den wirtschaftlichen Nationalismus zu bekämpfen, sowie die Anpassung oder Vermeidung der wirtschaftlichen Gesetzgebung herbeizuführen usw.

Der Betrug wird in aller Öffentlichkeit betrieben. Leider erkennt die Öffentlichkeit — die Arbeiterklasse — diese Widersprüche, diesen offenen Betrug nicht, sie hätte sich längst dagegen wehren müssen, sich von diesen Renegaten lossagen und ihre kampffähigen Organisationen durch Klassenkampforgane ersetzen müssen.

„Wer hilft den Polizeibeamten?“

Natürlich wer am konterrevolutionärsten ist. Wer diesen Werkzeugen der Bourgeoisie hilft, hilft dem Kapital die Arbeiter niederknurren. In einem Artikel unter obiger Ueberschrift bespricht sich die „Rote Fahne“ am 5. September, daß Herr Severing seine Schupo so unemselich drangsalariert, daß Herr Grzesinski sie nachherziehen läßt u. a. Die beiden Sozialdemokraten stehen wahrheitsgemäß auf dem Standpunkt: Man hebt den Verrat, aber nicht den Verräter! daß Proletariat, die sich dem Kapital als Biittel verkaufen, eben nichts besseres verdienen als Fußtritte.

Die Fahne tritt dann in der bekannten Weise für die Beseitigung aller Uebstände und für eine Besserstellung der „Proletariatschlichter“ ein und schließt ihren Artikel:

„Eine tatkräftige Hilfe finden sie nach wie vor nur bei der Kommunistischen Partei und durch den freigevoreschaftlichen Zusammenschluß.“

In der Tat, so ist es, wie die KPD, nichts weniger konterrevolutionär ist als die Gewerkschaften. Den Schupoleten könnte zum Bewußtsein kommen, daß sie Proletariat sind und das Interesse am Klassenstaat vertreten, wenn sie so bedauerlich die Anarchie der Konkurrenz ausgeliefert und es ist vor allem das Proletariat, das unter den schlimmsten Stößen dieses Systems zu leiden hat.

Frankreichs Haushalt-Defizit.

Caillaux entwickelte im Finanzrat sein Programm des Budgetentwurfes für 1926. Der französische Staatshaushalt hat danach ein Defizit von 3460 Millionen Franken. Caillaux will diese Schulden durch eine schärfere Besteuerung des beweglichen und unproduktiven Vermögens und der Renteneinkünfte decken.

Das französische Proletariat muß sich also in Zukunft wieder eine schärfere Ausbeutung gefallen lassen. Es ist immer derjenige Teil, dem diese Lasten aufzuerz werden, solange das Kapital über sämtliche gesellschaftlichen Güter und den Staat herrscht. Auch wenn, wie hier, die Ausbeutung auf Umwegen vor sich geht.

Großanleihe in Rußland.

Die russische Regierung sieht sich, nach einer Meldung der „Roten Fahne“ vom 6. September, gezwungen, zum Aufkauf der russischen Volkswirtschaft eine 300 Millionen-Anleihe aufzunehmen. Und zwar in 4 Teilen zu 75 Millionen Rubeln in der Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 1. April 1930, wobei jedesmal 150 Serien zu je 500 000 Rubeln in Form von 10 v. H. vom Tage der Ausgabe an.

Die Anleihe erfolgt in so hohen Obligationen, weil nur größere Unternehmen als Zeichner vorgesehen sind.

Wir sehen also, daß in Rußland dieselbe Finanzwirtschaft herrscht wie in jedem anderen kapitalistischen Staat, und daß die Verbindung von Kapitalismus und Sozialismus zum Krieg fest steht, unten führen sie das Proletariat in folgende Illusionen:

„Die Arbeiter fordern deshalb einen umfassenden und wahrhaft demokratischen Völkerbund.“ Sie fordern, daß die Anwendung des Artikels 19 des Paktes, der die Re-

Die politische und wirtschaftliche Lage

(Referat auf der Zentralausschubssitzung am 30. August 1926).

II.

Es ist noch eine Kleinigkeit zu erwähnen, die auch bürgerlicherselbst charakteristisch über die Auffassung dieser Krise ist. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die wohl der Auffassung sind, daß sich der Kapitalismus in der Niedergangsepoche befindet, daß aber diese Niedergangsepoche nicht über die gesamte Welt sich erstreckt, sondern nur den europäischen Kapitalismus trifft, und daß damit die europäische Welt dem Untergang geweiht ist, während in der übrigen Welt in Amerika oder im fernen Osten die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch Entwicklungsmöglichkeiten hat. Es fand bezeichnenderweise vor einigen Wochen in Berlin eine Konferenz der paneuropäischen Vereinigungen statt, in der ausgesprochen wurde, daß Europa rettungslos verloren ist, aber trotzdem versucht werden soll, den Kapitalismus in Europa zu retten. Das wäre aber nur möglich, wenn er versucht, sich eng anzuhängen an die kapitalistischen Säulen in Amerika und im fernen Osten. Allerdings waren die Ausführungen durchaus pessimistisch und man sah auch die Auffassung vertreten, daß bis zu einem gewissen Grade ein Teil der europäischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verzeichnen wäre. Dagegen müssen wir selbstverständlich von unserem Standpunkt aus einwenden, daß, da die Privatigentumsordnung international verflochten und verwachsen ist, ein derartiger Teilungserfolg praktisch nicht möglich ist. Wenn an irgendeiner Stelle in der Welt der allgemeine Niedergang des Kapitalismus sich vollzieht, dann muß auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung als internationale Weltordnung dieses Schicksals teilen, obwohl natürlich einzelne Glieder dieses ungeheuren Organismus in den allgemeinen Zusammenbruch nicht zu gleicher Zeit hineingeraten, aber früher oder später doch bestimmt diesen Weg gehen werden. Diese Todeskrise mit ihren Erscheinungen zeigt sich dann auch am stärksten in Europa. Das ist aus einem gewissen Grunde heraus erklärlich.

Europa war vor dem Kriege die „Werkstätte der Welt“. Die Veränderungen in der wirtschaftlichen Produktionssphäre, die schon mit dem Weltkrieg einsetzten und nachdem noch verstärkt wurden, wirkten sich natürlich hier am stärksten aus, also wieder in erster Linie auf die kapitalistischen Staaten, die in Europa liegen. Zunächst waren es die Werkstätten des Krieges, die bewirkt, daß gerade die alte Werkstätte der Welt am stärksten der Abschreibung während des Krieges und der Umstellung auf die Erzeugung von Munition und dergl., brachten es mit sich, daß alle die Länder, die bisher von dieser Werkstätte versorgt wurden, wohl oder übel zu einer selbstständigen Produktion übergehen mußten. So entstand als eine Kriegsvorgabe innerhalb der kapitalistischen Entwicklung eine starke Industrialisierung der Halb- und Ganzkolonien, die durch ihre Verhältnisse mehr oder weniger auf Europa angewiesen sind. Diese Industrialisierung konnte an und für sich vielleicht als ein Zeichen erneuten Aufschwungs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt gedeutet werden. Das ist durchaus eine Illusion! Denn wir haben in Deutschland, besonders in und nach der Inflationszeit, eine ähnliche Erscheinung gehabt, nämlich die Bildung großer Konzerne, die durchaus nicht als ein Zeichen neuer Belebung und gesicherter wirtschaftlicher Entwicklung sich herausstellen. Im Gegenteil! Genau so verhält es sich mit der Industrialisierung der Halbkolonien und Kolonialstaaten, denn in demselben Augenblick, wo die Kriegsmaschinen und die Absperrungen aufgehoben wurden, traten die vielen Schwierigkeiten der kapitalistischen Produktion auf dem Absatzgebiete neu erneut in die Erscheinung, sondern sie zeigten sich jetzt auf einer viel stärkeren Stufenleiter wieder.

Gleichzeitig mit dieser oben genannten Industrialisierung sehen wir einen bedeutenden Niedergang der gesamten Weltwirtschaft. Natürlich sind die ganzen Zahlen über die weltwirtschaftliche Entwicklung immerhin ziemlich labil. Zahlen an und für sich beweisen noch nichts. Aber soweit Zahlen vorhanden, ergibt sich, daß die Weltwirtschaft, abgesehen von einzelnen Zweigen nicht nur nicht den alten Stand der Produktion erreicht hat, sondern weit dahinter zurückgeblieben ist. Ferner zeigt sich im besonderen für die europäischen Verhältnisse mit Ausnahme von England ein gewaltiger Rückgang der Anleihe. Die Anzahl der Prozente ist riesenhaft, bei manchen Ländern weit über 140 bis 145 v. H. Wenn auch, wie bemerkt, einfache Zahlen an sich keine Beweise sind, so besteht doch die Tatsache, daß auch solche Zahlen uns ein Bild darüber geben, ob innerhalb der kapitalistischen Produktion alles in Ordnung ist oder ob ein Stillstand oder gar Rückgang in der Niedergangsepoche zu verzeichnen ist. Wir wissen ganz genau, daß es innerhalb der allgemeinen Entwicklung versucht wurde, an Hand von Zahlen aufzuzeigen, was eine Steigerung der Produktion vor sich ging. Man könnte einwenden, daß zweifellos hierbei die Tatsache zu verzeichnen ist, daß teilweise eine Steigerung der Produktion vor sich ging. Aber wir haben als Marxisten die Ursachen zu untersuchen, woher eine solche Belebung kommt. So erleben wir im Jahre 1919 eine neue Belebung der gesamten Produktion. Aber diese Belebung, die nur von kurzer Dauer war, war keineswegs das Zeichen einer Gesundung, sondern einer Reaktion. Die ganze Welt hungerte nach Waren, die ihr nicht hatten zugeführt werden können; denn in dem Augenblick, wo die Kriegsmaschinen fielen, war es selbstverständlich, daß man versuchte, dem unbedingten eingetretenen Mangel abzuhelfen. Als er ergänzt war, hörte diese „Scheinkonjunktur“ auf.

Nach ein anderes Moment ist der Verbrauch der Rohstoffe. Wenn wir die allgemeine Entwicklungstendenzen einer Wirtschaftsordnung feststellen wollen, müssen wir sehen, was sie praktisch an Rohstoffen verbraucht und wie sie diese ausnützt. Auch hierbei sehen wir, daß in der Weiterzeugung und kann den Genossen empfohlen werden.

ein dauernder Rückgang zu verzeichnen ist, der z. B. in Rußland und Stahl im Jahre 1923 gegen 1912 allein in Europa 65 v. H. beträgt. Nun läßt sich einwenden, daß die Kriegswirtschaft auch in technischer Beziehung gewisse Maßnahmen erforderte, daß man Rohprodukte durch andere Dinge zu überwinden versuchte und auf Grund der Kriegsmaschinen mit den vorhandenen Rohstoffen durch gewisse technische Verfahren eine intensivere Ausbeutung z. B. der Kohle vorgenommen wurde und dadurch ein gewisser Niedergang im Verbrauch zu verzeichnen wäre. Aber diese technischen Verbesserungen stehen nicht in einem Gleichgewichtsverhältnis zum Verbrauch aller dieser Rohstoffe. So sehen wir einen allgemeinen Rückgang der europäischen Wirtschaft, der nur noch in den einzelnen Staaten stärker gezeichnet wird. Wenn der Kapitalismus in seiner gesamten Weltstellung sich auf absteigendem Aste befindet, wenn speziell Europa unter den krisenhaften Zuständen leidet, so sind auch innerhalb dieses Gebietes die einzelnen Staaten mehr oder weniger, stärker oder schwächer von diesen Krisenerscheinungen betroffen. Für uns ist selbstverständlich diese Wirkung an Deutschland zu charakterisieren, wenn sie auch vorher noch an anderen Staaten, wie England und Frankreich aufgezeigt werden soll.

In England hat die Niedergangsepoche zu ganz ungeheuerlichen Zuständen geführt. Die gewaltige Arbeitslosen-zahl von mehr als 2 Millionen, wie sie im Jahre 1919 zu verzeichnen war, ist zwar bis heute noch nicht wieder erreicht worden. Nachdem die Umstellung der Kriegswirtschaft erfolgt war, ist die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Aber dieser Rückgang war keine Dauererscheinung, sondern nach ganz kurzer Zeit setzte wieder eine ruhige, aber bestimmte Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenziffer in England ein. Diese Krise hat zwei Momente: einmal in der Kohlenindustrie und dann in der Textil- und Maschinenindustrie. Besonders die Textilindustrie hat durch den Krieg eine gewaltige Ausdehnung in den Kolonien und Halbkolonien erfahren, und das Mutterland ist in den Hintergrund gedrängt worden, so daß seit rund 4-5 Jahren sich die englische Textilindustrie in einer Krise windet, aus der es kein Entkommen mehr gibt. Selbst die Subventionen der englischen Regierung, die gewiß nicht gering waren, haben nicht dazu hingelernt, die Industrie irgendwie zu beleben. Ebenso ist es mit dem auswärtigen Politik Englands, die versucht, Erleichterungen in Bezug auf die Zufuhr der Baumwolle zu schaffen, um den krisenhaften Zustand der Textilindustrie zu beseitigen, ohne damit irgendwelche praktischen Resultate zu erreichen. Ebenso steht es mit der englischen Maschinenindustrie. Abgesehen von der Textilmaschinenfabrikation, die eben auf Grund der Ausdehnung der Textilindustrie auf der ganzen Welt mit einer Nachfrage nach solchen Maschinen beschäftigt ist, ist ein gewaltiger, die eben darauf beruht, daß die ganze übrige Welt Textilien erzeuge, auch diese Art von Maschinen braucht, ist ein gewaltiger Rückgang aller anderen Maschinen (Werkzeug-, u. a. Maschinen) im Verbrauch zu verzeichnen. Das ist ein Zustand, von dem man sagen kann, daß er einer Dauerkrise gleichkommt. Es ist dabei nicht zu streiften, daß die Wiederanbauversuche nicht nur einzelnen Teilen der Wirtschaft, sondern auch der gesamten Wirtschaft vorübergehend eine gewisse Scheinbelebung gebracht haben. Aber dieses war nur sehr minimal und vor allen Dingen nicht von außergewöhnlicher Dauer.

Für uns ist von besonderem Interesse die allgemeine politische und wirtschaftliche Konstellation in Deutschland. Ohne einzelne Phasen aufzuzeigen, wissen wir, daß selbst die Bourgeoisie zugeben hat, daß sie aus dem Chaos noch nicht herausgekommen ist. Das erste größere Aufatmen war erst seit der Londoner Konferenz im August 1924 zu verzeichnen, und sie bildete einen Auftakt, einen Wendepunkt im wirtschaftlichen und staatspolitischen Leben. Damals schrieb die gesamte internationale kapitalistische Presse, daß seit dieser Londoner Konferenz eine neue Wiederherstellung beginnt, eine Gesundung der gesamten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse wird sich von jetzt ab vollziehen. Diese Auffassung wurde in der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse vertreten, und besonders der „Vorwärts“ schwärmte davon, daß nun die „Dollarsonne“ aufgegangen sein sollte. Auch hier wäre es trüch zu leugnen, daß natürlich in der ersten Zeit nach der Londoner Konferenz eine gewisse Scheinbelebung der Wirtschaft in Deutschland eingesetzt hat und auch eine Scheinbefestigung innerhalb der Politik zu verzeichnen gewesen ist. Während bisher in den letzten Jahren die Kabinette wie die Fliegen geripelt sind, hat das rechtsradikale Kabinett Luther-Strösemann bisher die längste Lebensdauer aufzuweisen. Das sind aber noch keine Beweise für eine wirkliche Befestigung.

Wir haben vielmehr zu untersuchen, ob diese Tatsachen nicht Momente enthalten, die beweisen, daß eigentlich keine Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft vorhanden ist. Die Zahl der Arbeitslosen ging damals in Deutschland zurück, und man sprach sogar von der „Gesundungskrise“. Pessimistische Gemüter prophesierten allerdings dieser Gesundungskrise keine allzulange Dauer und sagten voraus, daß sich nach ganz kurzer Zeit das gerade Gegenteil einstellen würde, nämlich die „Krise der Gesundung“. So sehen wir denn auch, wie in den letzten 5 Monaten diese ganze, scheinbare Wiederbelebung der Wirtschaft nicht nur zum Stillstand gekommen ist, sondern direkt einen Krebsgang geht. Die letzten Zahlen, die über die allgemeine Beschäftigung der deutschen Wirtschaft vorliegen, sind durchaus selbst von bürgerlichen Wirtschaftspolitikern grau in grau gezeichnet. Wenn man auch heute verspricht, diese steigenden Ziffern der Arbeitslosen in einer unverschämten Form zu verdecken, so ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sich durchaus wieder in einer Periode neuen schnellen Niederganges befindet, ganz abgesehen davon, daß von einem Aufstiege in früherem Sinne gar keine Rede sein kann. Besonders in der Textilindustrie, die sich seit langem in einer bösen Kreditnot befindet, leiden die Betriebe unter Arbeitsmangel. Bankrotte der Fabriken werden und sind an der Tagesordnung und zwar nicht nur von Firmen auf unsolider Grundlage, sondern auch von solchen, die sich in der Weiterzeugung und kann den Genossen empfohlen werden.

Vier Stunden

Erinnerung aus der russischen Revolution von 1905
von D. Swertschkoff.

Wir waren uns bewußt, daß die nächste Aktion des Proletariats nur eine sein konnte, die ganz Rußland umfaßte und zugleich die letzte war. Sie mußte in den offenen Straßenkampf übergehen.

Infolgedessen richteten wir alle unsere Aufmerksamkeit auf die Verbindung mit der Provinz und auf die Herstellung enger Beziehungen zu allen revolutionären Organisationen. Schon Anfang November traten zur Herstellung einer solchen engen Verbindung die Vertreter der Bauern in den Rat (Arbeiter-Delegierten-Rat) ein, ein Deputierter des Kreises Sumsk, Gouverneur Charkow, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Politischen Sozialistischen Partei. Am 12. November trat der Vertreter von 35 000 Arbeitern der Stadt Narva in den Rat ein. Am selben Tag erhielten wir Telegramme von den Arbeiterdelegierten in Kiew, Rostow am Don und Nachitschewa mit der Mitteilung, daß sie sich völlig dem Petersburger Arbeiter angeschlossen und bereit waren, unter ihm zu kämpfen. Solche Verbindungen waren von uns schon aufgenommen mit den Arbeitern von Riga, Reval und den Eisenbahnern des Rybinsk-Netzes die mit der halben Taktik des Eisenbahnverbandes zufriedener waren, mit den Arbeitern von Charkow usw.

Der Petersburger Arbeiterdelegiertenrat beschloß, die Frage eines allrussischen Kongresses der Räte auf die Tagesordnung zu setzen. Zunächst sollte die Sitzung in Petersburg am 15. November stattfinden, aber der Novemberstreik veränderte das und am 10. November wurden durch Telegramme die Sitzung an den Dezember verlegt.

Es wurden zwei Vertreter des Rates für Rußland bestimmt, die in der Provinz die organisatorischen Vorbereitungen für den Kongreß durchzuführen und neue Verbindungen herstellen sollten. Diese Arbeit konnte man nicht zu Ende führen. Die Regierung wollte mit dem Sowjet abbrechen in der Hoffnung, daß das Petersburger Proletariat durch die namenslose Annahme der Oktober- und Novembertage sowie durch die mit der Schließung der Fabriken verbundene Not geschwächt sei.

Da, am 15. November bricht ein Post- und Telegraphenstreik aus. Zum ersten Male in Rußland erschienen die aus-

gepreßten und unterdrückten Post- und Telegraphenarbeiter auf der politischen Kampfbühne und leiteten eine Reihe von Forderungen vor, deren hauptsächlichste die nach dem Schutz ihres eben erst gegründeten Verbandes war. Als sie nicht zufrieden gestellt wurden, traten sie in den Streik.

Die Sitzung des Vollzugsausschusses vom 22. November war der Frage gewidmet, wie man den streikenden Post- und Telegraphenarbeiter unterstützen könnte. Wir übergaben ihnen aus unseren Mitteln 2000 Rubel und faßten andere Hilfsmittel ins Auge. Gegen das Post- und Telegraphenproletariat war fast alles. Die Kaufleute schrien, daß der Streik und die Unterbrechung des Verkehrs zwischen den Städten das gesamte Leben des Landes zerstöre. Die Industriellen drohten mit der völligen Schließung ihrer Unternehmungen; die Finanzleute werden konnte; schließlich war auch das einische Volk sehr ungehalten, darüber, daß es von Post und Telegraph keine Gebrauche machen konnte. In ganz Rußland gab es tatsächlich nur eine einzige wirklich arbeitende Telegraphenleitung, die befand sich ausschließlich in der Hand des Arbeiterdelegiertenrates. Dem Verfasser lag z. B. die schwere Pflicht ob, die Privattelegramme, die mit der Bitte um Beförderung zum Vollzugsausschuß gebracht wurden, auf ihre Wichtigkeit und Unwichtigkeit hin zu untersuchen. Die meisten von ihnen mit Ausnahme von besonderer Wichtigkeit, meist privaten Charakters waren von besonderer Wichtigkeit, wurden an ihre Adresse weiter geleitet. Ich erinnere mich z. B. an eine Senatorenrat, die an die Türen sämtlicher Ministerien und besonders an die des Ministerpräsidenten Witte geklopft hatte, ohne doch etwas erreichen zu können, und die sich zu guterletzt an den Vollzugsausschuß mit der Bitte wandte, ihrem Sohn telegraphisch die Nachricht von dem Tode seines Vaters zu übermitteln. Sie fügte eine besondere Summe für die Absendung des Telegramms bei, aber wir nahmen nichts von ihr und beförderten das Telegramm gratis.

Um das Sortieren und Ausfragen der Briefe bemühten sich die Damen der großen Welt Professoren und einzelne Personen von Rang. Professor Martens gab seine Vorlesungen in der Petersburger Universität auf und ging mit der Briefträgerin durch die Straßen der Stadt, wofür er sich den allgemeinen Spott zuzog.

Wir waren mit der Entscheidung der Frage des Streiks beschäftigt, als uns plötzlich um acht Uhr abends das folgende

an uns gerichtete Telegramm übergeben wurde, das vom Eisenbahnkomitee der Station Kuschna (an der mittelasiatischen Eisenbahn im Transkaspischen Gebiet) abgeschickt war:

„An den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat. Eine Abschrift an den Vorsitzenden des Ministerrates Witte, je eine Abschrift an die Minister für Kriegswesen, für Verkehrswesen und Justiz, je eine Abschrift an sämtliche Stationen aller Eisenbahnen und an den Eisenbahnverband. — Genossen! Das Blut gerinnt einem in den Adern. Heute nachmittag um 3 Uhr verhängte das Kriegsgesicht über den Ingenieur Sokolow und einige Eisenbahner für Teilnahme am Eisenbahnstreik die Todesstrafe. Die Hinrichtung ist für Tagesanbruch angesetzt. Trefft Anstalten, daß sie verhindert wird, bereit zu allem, um die Ausführung des Todesurteils zu verhindern.“

Diesem Telegramm folgten andere. Die Eisenbahnbezirke Samara, Kiew, Jaroslaw, Minsk und andere teilten dem Arbeiterdelegiertenrat sowie allen russischen Eisenbahnern, dem Grafen Witte und den anderen Ministern mit, daß sie schon den Beschluß gefaßt hätten, auf die erste Entscheidung des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates, hin die Forderung auf Aufhebung der über die Genossen verhängten Todesstrafe durch den Streik der Eisenbahnen zu unterstützen. Das Hauptkomitee des Eisenbahnverbandes beschloß, sich an den Petersburger Arbeiterdelegiertenrat zu wenden und ihn zu bitten, den allgemeinen Eisenbahnstreik zu sanktionieren.

Wir ließen natürlich die Frage des Post- und Telegraphenstreiks bei Seite, und da wir schon einen Berg von Telegrammen aus allen Ecken des unermesslichen Rußlands im Verlauf einer Stunde erhalten hatten, telegraphierten wir sofort an den Vorsitzenden des Ministerrates Graf Witte, an alle anderen Minister und an alle Stationen aller russischen Eisenbahnen: „Wir fordern sofortige Aufhebung der über den Ingenieur Sokolow und andere Personen in Kuschna verhängten Todesstrafe. Wir warten bis zwölf Uhr nachts. Sollte die Forderung nicht erfüllt werden, erklären wir um zwölf Uhr nachts den allgemeinen Ausstand aller Eisenbahnen.“

Der Vollzugsausschuß des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates.

Vom Grafen Witte erhielten wir eine durch Kurier überbrachte Mitteilung des Inhaltes, er habe keine Möglichkeit der telegraphischen Verständigung, wisse nicht, warum es sich

